

(Vizepräsident Lipinski.)

- (A) nicht helfen; ich finde darin nur das Mittel, daß diese Angelegenheit möglichst verzögert werden möchte. Das können wir nicht mitmachen, und deshalb verlangen wir baldige Änderung der Gemeindebehörden.

Wir verlangen, daß auch der Gemeinde die Möglichkeit gegeben wird, größere Betriebe zu vergesellschaften. Ich verweise auf die Verkehrsmittel, auf die Erzeugung der Beleuchtung und Kraft, Schlachthanlagen und Wohnungsbau. Ich halte es geradezu für unsinnig, daß man ein Wohnungsgesetz schafft, um einen Ausgleich zu schaffen für die durch den Krieg herbeigeführte Verteuerung der Baustoffe, und daß dabei ein Weg eingeschlagen wird, der einen großen Teil der Kosten auf das Reich, einen anderen auf die Gemeinden legt. An einem Beispiel in Leipzig ist nachgewiesen worden, daß etwa das Vierfache der Übertreibung herauskommt. Diese Zuwendungen will man den Einzelbesitzern machen, um ihnen die Gelegenheit zu geben, Häuser zu bauen. Was bleibt dann für den Staat noch zu tun übrig? Ist es da nicht viel vernünftiger, noch das letzte Viertel zu übernehmen, um den Wohnungsbau gleich in eigener Verwaltung durchzuführen?

- Wir wünschen ferner, daß die Gemeinden nach Wirtschaftsverbänden zusammengefaßt werden und die bisherige Organisation der Amtshauptmannschaften beseitigt wird, daß aber die Bezirksversammlungen und die aus ihnen hervorgehenden Bezirksausschüsse auf demokratischer Grundlage gewählt werden. Wir verlangen die Beseitigung der Kreishauptmannschaften als überflüssige Einrichtung. Wir verlangen, daß die Aufgaben der Kreishauptmannschaften, daß die Spruchpraxis der Kreishauptmannschaften einem unteren Verwaltungsgericht überwiesen werden, so daß der Rekurs an ein höheres Gericht möglich ist.

Meine Herren! Der Gegensatz, der zwischen Herrn Nitzsche und uns über die Stellung Sachsens zum Reiche besteht, ist kurz dahin zusammenzufassen, daß er die Erhaltung der Gliedstaaten wünscht, während wir ein Aufgehen der Gliedstaaten in einer einheitlichen Reichsrepublik wünschen. Da hat es mich außerordentlich gewundert, daß nach Austritt der Unabhängigen Sozialdemokraten aus der Regierung der Herr Minister Gradnauer das Programm eines Großsachsen hat propagieren lassen, eines Großsachsen, das Thüringen, einen Teil von Preußen im Erfurter Bezirk, Schleusingen und im Merseburger Bezirk Sachsen einverleiben sollte. Ganz abgesehen davon, daß die Einverleibung nicht möglich ist, ohne daß die Bevölkerung ihre Zustimmung gibt, so halte ich doch das Grundprinzip, das damit vom Herrn Minister Gradnauer anerkannt worden ist, für durchaus bürgerlich-kapitalistisch, nicht demokratisch, denn in der Praxis läuft dieses Groß-

sachsen auf die Wiederherstellung des alten Reiches Wettin hinaus. Ein solches Reich herzustellen, haben wir gar keine Veranlassung. Und wenn er den Gedanken der Einheitsrepublik vertreten hätte, dann wäre er niemals zu der Auffassung gekommen, daß dieser Plan durchführbar wäre.

Meine Herren! Man hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich manches versäumt habe, und man meinte damit diesen Plan Groß-Sachsens, der ja mir vorgelegen hat, den ich auch den Ministerkollegen zugänglich gemacht habe, zu dem ich aber mein eigenes Urteil gegeben habe. Ich sehe auch darin eine vollkommene Verkennung dessen, was demokratisch und sozialistisch notwendig ist. Wir lehnen ein solches Groß-Sachsen ab, sind aber nicht dagegen, daß andere Verwaltungsgebiete, falls Sachsen als selbständiger Staat bestehen bleiben sollte, sich Sachsen anschließen möchten, wie das ja bereits durch die Eisenbahngemeinschaft Altenburg, Reuß jüngere und ältere Linie geschieht.

Die Frage „Emporstieg des Tüchtigen“ wollen wir durchgeführt haben, in der Einheitschule mit Auslese der Fähigen und deren Aufstieg in höhere Fachschulen. Wir wollen die Trennung der Kirche von der Schule und die Trennung der Kirche vom Staate. Wir wollen aber nicht warten, bis das Reich vorgeht, sondern wir erwarten, daß in Sachsen der Weg selbständig beschritten wird, und zwar komme ich zu dieser Auffassung, weil die Vorgänge in Preußen schrecken. Der Herr Abgeordnete Nitzsche hat erklärt, daß er es begrüßen würde, wenn nicht der Weg beschritten würde, den der Herr Minister Adolf Hofmann eingeschlagen hat. Dem Herrn Abgeordneten Nitzsche scheint es unbekannt zu sein, daß öffentlich festgestellt worden ist, daß sämtliche vom preußischen Kultusminister in der Revolutionszeit erlassenen Gesetze einstimmig von den Beiräten der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen beschlossen worden sind, daß also hier nicht die Handlung einer Person, sondern einer Körperschaft in Frage kommt.

(Zuruf: Das ist schlimm genug!)

Wenn das schlimm genug ist, so begrüße ich das, ich bedaure nur, daß der Herr Minister Hänisch nicht so viel Rückgrat besessen hat, um die Verordnungen aufrechtzuerhalten.

(Zuruf links: Die anderen mit!)

Und jetzt dieser Tage ist bei Bildung des preußischen Ministeriums ein förmlicher Kotau vor dem Zentrum gemacht worden. Sie haben ihren Eintritt in das Ministerium davon abhängig gemacht, daß die vollständige